

Maik Beermann

Beerlin ganz nah

Der Newsletter Ihres Bundestagsabgeordneten

Ausgabe KW 23

Darf ich vorstellen: Anne Kathrin Fritz

Seit diesem Mai unterstützt mich die studierte Agrarökonomin Anne Kathrin Fritz als meine neue Wissenschaftliche Mitarbeiterin in meinem Büro in Berlin. Frau Fritz ist zuständig für die inhaltliche und organisatorische Betreuung meiner Arbeit im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und im Ausschuss für Digitale Agenda.



Hochachtung gilt dem Bundespräsidenten 2

Jugend und Parlament 2

Keinen Schlusstrich unter DDR-Unrecht 2

Zusammen gegen den Terror 3

Das etwas andere Startup 3

Schüler in Berlin 4

Krankenhäuser unter Druck 4

Für mehr Nachhaltigkeit 4

Austausch zu Hilfsprojekten in Ghana 5

5 Unternehmerfrühstück

6 1. Loccumer Dorffest

6 Königsfrühstück in Schessinghausen

6 Kreisschützenfest und Jubiläum

7 Faktencheck Landwirtschaft

Unsere Hochachtung gilt dem Bundespräsidenten

Mit Bedauern, aber auch Verständnis haben wir die Entscheidung unseres Bundespräsidenten Joachim Gauck zur Kenntnis genommen, nicht für eine zweite Amtszeit zur Verfügung zu stehen. Seine Erklärung ist von großem Verantwortungsgefühl, aber auch von Menschlichkeit getragen.

Wir sind dankbar für den Dienst, den der Bundespräsident bislang für unser Land geleistet hat. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist sich sicher, dass Joachim Gauck auch den Rest seiner Amtszeit so gestalten wird, wie die ersten vier Jahre. Joachim Gauck ist ein Staatsmann, der das Land immer wieder zusammenführt, aber auch unserer Nation eine Richtung weist. Ihm liegt das Wohl der Menschen und die Zukunft Deutschlands am Herzen.

Der Respekt vor dem Amt, aber auch gegenüber der Person Joachim Gaucks gebietet es, sich zu diesem Zeitpunkt nicht an öffentlichen Spekulationen über die Nachfolge zu beteiligen. Es geht schließlich um das höchste deutsche Staatsamt, das Joachim Gauck gegenwärtig in so hervorragender Art und Weise ausfüllt.

Jugend und Parlament

Auch in diesem Jahr fand das Planspiel "Jugend und Parlament" des Deutschen Bundestages statt. Insgesamt nahmen mehr als 300 Jugendliche aus ganz Deutschland teil, die für mehrere Tage in die Rolle eines Abgeordneten schlüpfen konnten. Diesmal folgte Leonard Sandgathe aus dem Landkreis Schaumburg meiner Einladung nach Berlin.

Keinen Schlusstrich unter DDR-Unrecht

Der Name Joachim Gaucks bleibt auch mit der Stasi-Unterlagenbehörde verbunden, die ihre Arbeit am 3. Oktober 1990 aufnahm und im Volksmund bald seinen Namen trug. In dieser Woche berieten wir einen Antrag zu ihrer Zukunft.

Wir wissen dabei um die besondere Verantwortung, die gerade die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag für die Anliegen, für die



Nöte und Sorgen der Opfer der SED-Diktatur trägt. Wie keine andere politische Kraft steht die Union für die Aufklärung des SED-Unrechts und für eine Entschädigung der Opfer dieses Regimes.

Für uns steht fest: Es kann keinen Schlusstrich unter den Unrechtsstaat der DDR geben. Dies stellen wir auch mit der Wiederwahl Roland Jahns zum Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik sicher.

Zusammen gegen den Terror

Ganz Europa und damit auch Deutschland steht im Fadenkreuz des islamistischen Terrorismus. Die jüngste Festnahme dreier potentieller Attentäter, die in Düsseldorf einen Selbstmordanschlag geplant haben sollen, ist nach den Anschlägen in Brüssel, Paris und Istanbul ein weiterer Beleg dafür, dass wir potentielle Gefährder genau im Blick haben müssen. Die Festnahme zeigt, wie wichtig eine europaweite Zusammenarbeit gegen den Terror ist. Sie muss nun weiter verbessert und ausgebaut werden. Denn auch die Zahl der Personen in unserem Lande, denen ein terroristischer Anschlag zugetraut wird, ist deutlich gewachsen und liegt mittlerweile bei fast 500 Personen.

Um gefährliche internationale Netzwerke aufdecken zu können, ist ein enger Austausch mit ausländischen Nachrichtendiensten unabdingbar. Wenn Terrororganisationen sich international vernetzen, dann müssen sich auch Sicherheitsbehörden besser vernetzen. Mit dem Gesetz zum besseren Informationsaustausch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus gehen wir einen wichtigen Schritt, um den Austausch von Informationen entscheidend zu verbessern.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz kann zukünftig mit wichtigen ausländischen Nachrichtendiensten gemeinsame Dateien betreiben, etwa um Reisebewegungen von Dschihadisten zu erkennen und gewalttätige Bestrebungen nach der Rückkehr aus Kampfgebieten besser erfassen zu können. Zugleich treten wir der anonymen Nutzung von Pre-Paid-Karten entgegen, die bei der Kommunikation in kriminellen und terroristischen Strukturen ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellt. Die Anbieter solcher Karten müssen künftig die Identität ihrer Kunden, zu deren Erhebung sie bereits jetzt verpflichtet sind, anhand von Identitätsdokumenten überprüfen. Zur Verbesserung des Kampfes gegen die Schleuserkriminalität erhält die Bundespolizei zur Gefahrenabwehr die Möglichkeit, verdeckte Ermittler einzusetzen. Diese sollen einen besseren Zugang in die oftmals sehr abgeschotteten Strukturen der hoch konspirativ arbeitenden Schleuserorganisationen ermöglichen. Außerdem werden die Möglichkeiten der Überwachung gefährlicher Straftäter nach der Haftentlassung erweitert.

Nachdem wir national und europäisch bereits verschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus ergriffen haben, werden wir auch dieses Anti-Terror-Gesetz im parlamentarischen Verfahren zügig behandeln. Maßnahmen, die unsere Bürger besser schützen, haben höchste Priorität.



Das etwas andere Startup

In dieser Sitzungswoche stellte sich das junge Startup SuperMeatBoy bei mir im Büro vor. SuperMeatBoy verfolgt das Konzept qualitative, regionale Wurstwaren, am Tierwohl und an der Nachhaltigkeit orientiert, herzustellen und der gesamten Produktionskette dabei einen fairen Preis zu zahlen. Ich wünsche viel Erfolg!

Schüler des Gymnasiums Adolfinum in Berlin

Zu Gast im Deutschen Bundestag war die 9. Klasse des Gymnasiums Adolfinum aus Bückeburg. Die Mädels und Jungs waren sehr gut vorbereitet und es hat viel Spaß gemacht mit Ihnen zu diskutieren.



Krankenhäuser unter Druck

Die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser in Deutschland hat sich im letzten Jahr leicht verbessert. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Unternehmensberatung Roland Berger unter Vorständen und Geschäftsführern der 400 größten deutschen Krankenhäuser. Trotz steigender Umsätze schrieben jedoch in 2015 immer noch 30 Prozent der Krankenhäuser Verluste.

Mittelfristig gehen sogar mehr als 70 Prozent von einer Eintrübung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aus, weshalb 75 Prozent der

Betreiber planen, die Wirtschaftlichkeit in den nächsten Jahren weiter zu verbessern.

Als größte Herausforderungen gelten dabei die konkrete Umsetzung geeigneter Restrukturierungsmaßnahmen (fast 90 Prozent), die ausgewogene Balance zwischen Medizin und Ökonomie (69 Prozent) sowie das Überwinden von Widerständen auf Seiten der Mitarbeiter (71 Prozent). Zwar haben 79 Prozent der Befragten auch Maßnahmen zur Digitalisierung berücksichtigt, jedoch profitieren bislang nur 17 Prozent wirtschaftlich von der Umsetzung.

Für mehr Nachhaltigkeit

Im Rahmen der "Deutschen Aktionstage Nachhaltigkeit" und der zeitgleich stattfindenden Europäischen Nachhaltigkeitswoche, haben der Rat für Nachhaltige Entwicklung und der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung mit der gemeinsamen Aktion „2030-Nachhaltigkeitsagenda umsetzen - Ich bin dabei“ ein Zeichen gesetzt. Insgesamt wurden 17 Ziele formuliert. Mein persönliches Nachhaltigkeitsziel ist die bezahlbare und saubere Energie.



Austausch zu Hilfsprojekten in Ghana

Zusammen mit meinem Bundestagskollegen Charles M. Huber habe ich mich in der Sitzungswoche mit einer Delegation des Kinderhilfswerks ICH, um ihren Präsidenten Dr. Dieter Kindermann, getroffen. Auf der Tagesordnung standen mögliche Hilfsprojekte in Ghana. Das in Schaumburg ansässige Kinderhilfswerk möchte sich gerne mit einem Hilfsprojekt im westafrikanischen Land engagieren. Huber, welcher Mitglied im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und ausgewiesener Afrika-Experte ist, hat uns wertvolle Hinweise gegeben, wie man eine Förderung seitens des Bundes in die Gänge bekommen kann und uns mögliche Umsetzungschancen aufgezeigt.



Unternehmerfrühstück

Ich war als Gastredner beim Bad Nenndorfer Unternehmerfrühstück und sage herzlichen Dank für die Einladung. Die gut 70 Anwesenden interessierte der Planungsstand des Bundesverkehrswegeplanes und hier vor allem die geplante Neubautrasse zweier Gleise von Hannover nach Minden, quer durch den Landkreis Schaumburg. Die wollen wir alle nicht und genau das haben Bürgermeister Mike Schmidt und ich nochmal deutlich betont.



1. Loccumer Dorffest

Statt eines Schützenfestes feierte Loccum im Landkreis Nienburg in diesem Jahr das 1. Loccumer Dorffest. Neben vielen altbekannten Programmpunkten des früheren Schützenfestes kamen zahlreiche neue Punkte hinzu, inklusive einer großen Feier in der "Halle für alle". Eine gelungene Fusion aus Tradition und Moderne!



Königsfrühstück in Schessinghausen

Die Stimmung war nicht nur in Loccum hervorragend sondern auch beim gut besuchten Königsfrühstück des Kleinkaliberschützenvereins Schessinghausen am Festzelt beim Restaurant Vier Jahreszeiten. Schön, dass wir hier die "Fünfte Jahreszeit" feiern konnten.



Kreisschützenfest und Jubiläum

Gefeiert wurde auch in Feggendorf. Zeitgleich zum Kreisschützenfest wurde auch das 60jährige Jubiläum vom Deister-Schützen-Corps in Feggendorf gefeiert. Die Sonne bescherte uns hochsommerliche Temperaturen.

Faktencheck Landwirtschaft

Maik Beermann

Bundestagsabgeordneter für Nienburg und Schaumburg

"Die Milch macht's" erklärte uns Ende der Achtziger Jahre ein Werbespot im Fernsehen die Vorzüge dieses regionalen und gesunden Lebensmittels, nachdem 1984 die sog. Milchquote auf europäischer Ebene eingeführt wurde. Die Milchquote wurde als Reaktion auf eine Überproduktion von Milch und immer weiter sinkenden Milchpreisen in den Jahren zuvor eingeführt. Sie sollte für einen stabilen Markt und für stabile Preise sorgen.

Mit der dann beginnenden zunehmenden Liberalisierung und Marktorientierung der Landwirtschaft, war es nur eine Frage der Zeit, bis die Quote wieder abgeschafft werden musste. Dies war schlussendlich am 1. April 2015 der Fall. Dieses Ereignis sorgt derzeit, zusammen mit anderen Faktoren, für Turbulenzen an den Milchmärkten und zeigt uns gleichzeitig, wie alt und wiederkehrend die Diskussion um einen "gerechten" Milchpreis ist.

In diesem Faktencheck Landwirtschaft möchte ich mich deshalb mit dem Thema Milchpreis und der aktuellen Maßnahme des Bundes auseinandersetzen. Zudem gehe ich noch einmal auf das Thema Glyphosat ein und stelle den aktuellen Stand der Diskussion vor.

Welche **Faktoren** habe Einfluss auf den Milchpreis?

Seit der Abschaffung der Milchquote regeln hauptsächlich Angebot und Nachfrage den Preis. Negative Einflüsse auf eine marktgerechte Preisbildung können jedoch außenpolitische Entscheidungen, wie z.B. Embargos, oder aber ein verzerrter Wettbewerb, durch ein Ungleichgewicht der Marktacht der Marktteilnehmer, haben.

Was bedeutet die neue **Mengenregulierung** für die Milchwirtschaft?

Mit dem kürzlich beschlossenen Agrarmarktstrukturgesetz haben wir die Voraussetzungen geschaffen, damit für einen begrenzten Zeitraum Mengenabsprachen zur Reduzierung der Rohmilchproduktion innerhalb der Branche getroffen werden können. Damit nutzen wir eine Möglichkeit des europäischen Rechts, die allerdings nur zeitlich begrenzt, nämlich für sechs Monate mit der Option auf weitere sechs Monate, zur Verfügung steht.

Mit dem Gesetz wird das Bundeslandwirtschaftsministerium ermächtigt, Regelungen zu erlassen, um Vereinbarungen von anerkannten Agrarorganisationen für allgemein verbindlich zu erklären und die Vertragsbeziehungen zwischen Erzeugern und Verarbeitern neu zu gestalten. Das Ziel ist es dadurch die Vertragsbeziehungen zu überarbeiten und die Marktstellung der Erzeuger zu stärken.

Wie **effektiv** ist diese Mengenregulierung?

Die Effektivität der gesetzlichen Maßnahme ist nicht gewährleistet, wird aber trotzdem versucht. Zum einen kann ein in Deutschland oder der EU regulierter Milchmarkt die deutschen Produzenten vom Weltmarkt abkoppeln und so zu Exporteinbußen führen, was wiederum zur Erhöhung der Milchmenge im eigenen Land führt, zum anderen können Absprachen nicht zeitsensitiv auf die aktuellen Marktpreise reagieren, was deren Wirkung mindert. Im schlechtesten Fall führt die Einführung der Mengenregulierung zu Wettbewerbsnachteilen und Verlusten an weltweiten Marktanteilen. Daher muss diese Regelung mit Bedacht eingesetzt werden.

Das **Fazit!**

Nach schlechten Jahren kommen auch wieder gute und vielleicht müssen wir zu der Erkenntnis kommen, dass auch Milchproduzenten auf einem freien, weltweiten Markt ein unternehmerische Risiken - aber auch unternehmerische Chancen - tragen müssen, welche bei Schwierigkeiten nicht mit dem Ruf nach einem Eingreifen der Politik beantwortet werden können. Der deutsche Milchmarkt braucht Zeit, um nach dem Wegfall der Quote seine Wettbewerbsfähigkeit zu finden. Ich bin mir sicher, dass unsere heimischen Unternehmer genug Innovationskraft besitzen um dies zu meistern.

Zeitgleich müssen wir jedoch auch erkennen, dass die Nahrungsmittelproduktion im eigenen Land nicht unter den Grad der Selbstversorgung fallen sollte. In Extremfällen also ein wirksames Werkzeug vorhanden sein sollte um dauerhaften Schaden abzuwenden.

Am Ende ist aber nicht der offene Markt das Problem, sondern echte Wettbewerbshindernisse, wie z.B. Bürokratie, Auflagen oder Nachfrageoligopole. Diese müssen in Zukunft stärker unter die Lupe genommen und mit sinnvollen Reaktionen bedacht werden.

Was ist aus der **Glyphosat-Kontroverse** geworden?

In meinem letzten Faktencheck Landwirtschaft habe ich die Kontroverse um Glyphosat-Rückstände in Bier beleuchtet. Auch wurde die mögliche krebserregende Wirkung im Kontext dargestellt. Mittlerweile kam ein mit der Überprüfung der Ergebnisse beauftragtes Expertengremium „Joint Meeting on Pesticide Residues“ (JMPR) der WHO, nach erneuter Auswertung hunderter Studien, zu einem differenzierten Ergebnis:

Laut dem neuen Bericht des WHO-Fachgremiums ist die Verwendung von reinem Glyphosat auch nach 40 Jahren Einsatz für den Menschen weiterhin unbedenklich. Zwar gäbe es Hinweise aus wenigen Studien darauf, dass Glyphosat in sehr hohen Dosen Krebs bei Mäusen auslösen würde - Ratten und andere Säugetierarten waren wiederum nicht hiervon betroffen. Das JMPR hat zudem die Krebsrate bei der Bevölkerungsgruppe in Augenschein genommen, welche am Häufigsten mit Glyphosat in Kontakt kommt - die Landwirte und Landarbeiter selbst. Auch hierbei kam man zu dem Schluss, dass keine erhöhten Krebsraten festgestellt werden konnten.

Die unterschiedlichen Bewertungen entstehen aus einer unterschiedlichen Sichtweise auf Glyphosat. Während das JMPR das echte Risiko für den Menschen bei sinngemäßer Anwendung abschätzt, geht es der Internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC) um den Stoff an sich. So ist es nicht verwunderlich, dass Alkohol vom IARC in der höchsten Kategorie als "sicher krebserregend" eingestuft wird, sich um dieses Risiko aber kaum jemand ernsthaft Gedanken macht.

Wie geht es **weiter** mit der Glyphosat-Zulassung?

In nunmehr zwei Abstimmungen zur Verlängerung der Zulassung von Glyphosat auf europäischer Ebene, enthielt sich Deutschland aufgrund der ablehnenden Haltung der SPD-geführten Ministerien. Die SPD hat hier den Weg der Vernunft verlassen und geht populistisch auf Stimmfang mit den Ängsten der Bürgerinnen und Bürger. Dies ist eine Ohrfeige für die deutsche Landwirtschaft, welche mitunter die höchsten Qualitäts-Standards in ganz Europa pflegt. Die EU-Kommission will jetzt voraussichtlich den sog. Vermittlungsausschuss anrufen. Sollte auch der zu keiner Einigung kommen, kann die Kommission selbst entscheiden.